

“Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Kontroversen zwischen Apologie und kritischer Geschichtsschreibung.”

Mit Dr. Karsten Heinz Schönbach (Historiker, Berlin)

...am 9. April 2013 im „Haus der Demokratie und Menschenrechte“ (Berlin-Prenzlauer Berg)

(Veranstaltungsbericht von Mathias Wörsching, <http://faschismustheorie.de>)

Es handelte sich um den Abschluss einer Veranstaltungsreihe der „Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung“ aus Anlass der Errichtung der Naziherrschaft vor 80 Jahren. Wie aus der Vorrede der Veranstalter hervorging, hatte sich das Thema des Abends im Laufe der Reihe immer mehr als wissenschaftlicher und politischer Kern der Problematik von 1933 herauskristallisiert. Im Folgenden behandelte der Referent, Dr. Karsten Heinz Schönbach, das Verhältnis von Faschismus und Kapitalismus kaum auf gesellschafts- oder ideologietheoretischer Ebene, sondern nahezu ausschließlich unter dem Aspekt der Verantwortung der deutschen Großkapitalisten für die Machtübernahme der Nazifaschisten.

Dr. Schönbach hat zahlreiche Archivbestände deutscher Großkonzerne untersuchen können, darunter auch bisher unerforschte und solche, die vorher nur wirtschaftsnahen Gelehrten zugänglich waren. Er untermauerte seine Argumentation mit einer Menge Quellenbeispiele.

Die Hauptinhalte seines Vortrags: Bürgerlich-konservative, pro-kapitalistische Geschichtsschreiber dominieren die heutige wissenschaftliche und mediale Landschaft. Ihre Darstellung des Verhältnisses zwischen Großkapital und Nazis – sofern sie sich dem Thema überhaupt widmen und nicht lieber mystifizierenden, personalisierenden Erzählungen – folgt Rechtfertigungsstrategien der deutschen Großkapitalisten, die teilweise schon vor dem Mai 1945 ausgearbeitet und in den Nürnberger Prozessen klassisch ausgeführt wurden. In den Zeiten des Kalten Krieges wurde diese die Kapitalisten und den Kapitalismus entlastende Geschichtsschreibung mit Geld, universitären Posten, ja mit geheimdienstlicher Einflussnahme seitens der USA und anderer Staaten gefördert und gegen alternative Deutungen, vor allem marxistische, in Anschlag gebracht.

Seit 1945 werden dabei immer wieder die gleichen Legenden aufgetischt: Die Großkapitalisten hätten die Nazis nicht an der Macht gewollt, ihr Verhältnis zur NSDAP sei 1932/33 abgekühlt, sie seien selbst von den Nazis unterdrückt worden, und schließlich: Sie hätten den Krieg, vor allem die Autarkie-Politik und die Hochrüstung, nicht gewollt und nur mitgemacht, weil sie a) dazu gezwungen worden seien und b) Schlimmeres hätten verhüten wollen.

Gegen solche Legendenbildung wies Dr. Schönbach nach, dass innerhalb der wirtschaftlichen Führungsgruppen ein Konsens bestand, die parlamentarische Demokratie zu zerstören und eine autoritäre bzw. diktatorische „Rechtsregierung“ zu errichten. Hauptmotiv der Großkapitalisten war eine aus heutiger Sicht übertrieben, ja irrational wirkende Revolutionsangst. Diese Angst trieb die Herren der Bergbau-, Metall-, Rüstungs-, Maschinenbau-, Elektro- und Chemie-Konzerne sowie der größten Banken und Versicherungen keineswegs zur Unterstützung sozial-reformerischer Bestrebungen, um der kommunistischen Partei den Wind aus den Segeln zu nehmen. Im Gegenteil anvisierte man die Vernichtung auch der Sozialdemokratie trotz ihres oft genug bewiesenen staatstragenden und antikommunistischen Charakters.

Als die autoritär regierenden Kabinette Brüning, Papen und Schleicher scheiterten, schwenkte 1932/33 die überwiegende Mehrheit der Großkapitalisten auf die Unterstützung der NSDAP ein. Nach den Forschungen Dr. Schönbachs hatte ein Treffen vom 20. Februar 1933 zentrale Bedeutung, unter anderem weil die versammelte Spitze des deutschen Großkapitals (25-30 Männer) dort eine massive finanzielle Unterstützung für Hitlers Wahlkampagne beschloss, was zusammen mit Terror und Tricks dazu beitrug, dass der am 5. März 1933 neu gewählte

Reichstag eine – wenn auch knappe – extrem rechte Mehrheit aufwies. Auch in den Vorjahren war ein großer Teil des Etats der Nazi-Partei aus den Kassen der Konzernherren gekommen.

Nach 1933 bestimmten die Spitzenleute des Großkapitals entscheidend die Nazi-Politik mit. Frühzeitig formulierten sie ihre Wünsche an die Kriegsführung und beanspruchten riesige Stütze der Kriegsbeute. Entgegen westlich-bürgerlicher Darstellungen kam es keineswegs zu einer „Aufhebung des Kapitalismus“.

Soweit in ganz groben Zügen der Vortrag von Dr. Schönbach. In der Diskussion wurden noch einige Punkte schärfer herausgearbeitet. Der renommierte Faschismusforscher Prof. Dr. Kurt Pätzold betonte in seinen Wortbeiträgen etwas stärker als der Referent die Dynamik der Situation nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 33, die auch den Nazis gegenüber skeptisch eingestellte Vertreter des Großkapitals auf pro-faschistische Linie brachte. Über die generelle Hauptverantwortung der deutschen Kapitalistenklasse nicht nur für den Machtantritt der Nazis, sondern auch für die Verelendung weiter Teile der deutschen Bevölkerung in der Weltwirtschaftskrise und die dadurch hergestellten günstigen Bedingungen für den Aufstieg der NSDAP bestand jedoch keinerlei Meinungsverschiedenheit.

Dr. Schönbach stellte dar, dass das Streben nach einer autoritären Staatsordnung und nach Zerschlagung der Linken zwar Konsens bei den deutschen Großkapitalisten war, jedoch bis 1932/33 nur eine Minderheit überzeugter „Nazi-Industrieller“ eine Diktatur Hitlers befürwortete. Die weitaus meisten Konzernherren bevorzugten konservative Kräfte, beargwöhnten die Nazis und wollten sie allenfalls als Juniorpartner installieren. Entgegen der marxistisch-leninistischen „Monopolgruppentheorie“ von Kurt Gossweiler, Reinhard Opitz und anderen, so Schönbach weiter, gingen die politischen Risse quer durch das Großbürgertum, ungeachtet ökonomischer Kapitalfraktionen. Randnotiz: Selbst jüdisch-deutsche Bankiers konnten ebenso pro-nazistisch und antisemitisch wie ihre „arischen“ Kollegen auftreten. Dr. Schönbach machte auch deutlich, dass es nicht nur die Großkapitalisten allein, sondern ebenso Militärführung, Hochbürokratie, hoher Klerus und Großagrarier waren, die 1932/33 die Weichen stellten. Die rechten Parteien wie DNVP und DVP waren ebenfalls beteiligt, aber vollständig vom Großkapital abhängig und gesteuert (Schönbach sinngemäß: „Keine einzige bürgerliche Partei der Weimarer Republik hätte ohne die Unterstützung des Großkapitals politisch überlebt.“).

In klarer Abgrenzung von marxistisch-leninistischen Dogmen bestimmte Dr. Schönbach das Verhältnis zwischen den Großkapitalisten und der Nazi-Führung als Bündnis, in dem die Partner teilweise auseinandergelungene Ziele verfolgten und immer wieder auch heftige Konflikte austrugen. Allerdings war die Stellung der Konzernherren in diesem Bündnis sehr stark, oft setzten sie ihre Vorstellungen durch, da Hitler und die Seinen auf die Kooperation der Wirtschaftsgrößen angewiesen waren, um den Krieg erfolgreich führen zu können. Aus Rücksicht auf die Kriegsführung verboten sich ökonomische Experimente; die Nazi-Größen setzten stattdessen auf engste Abstimmung und Konsensbildung im Rahmen der sogenannten „Selbstverwaltung der Wirtschaft“ (Schönbach: „Kooperationsleistung der Führungsgruppen“). Die Großkapitalisten sicherten sich den Löwenanteil der ökonomischen Ressourcen und der Profite. Zum Schluss der Veranstaltung wurden noch zwei Punkte berührt, die für das Verhältnis von Faschismus und Kapitalismus von höchster Bedeutung sind. Erstens: Entstand, wie zum Beispiel Franz Neumann in seiner Strukturanalyse des NS-Staates namens „Behemoth“ darlegt, eine neue herrschende Klasse aus den Spitzenleuten des Großkapitals, des Militärs, der Bürokratie und der Nazi-Organisationen? Diese Frage konnte in der Veranstaltung kaum besprochen werden. Dr. Schönbach deutete aber an, dass er die Großkapitalisten als dominierenden Bestandteil der herrschenden Klasse bzw. Gruppen sieht.

Und zweitens: Darauf angesprochen, ob die immer mehr zu einer Sklaverei-Ordnung tendierende nazideutsche Kriegswirtschaft noch Kapitalismus genannt werden könne, ließ Dr. Schönbach keinen Zweifel daran, dass die Art der Abpressung des Mehrprodukts, ob nun in Sklave-

rei-Verhältnissen oder klassisch-kapitalistisch in der Form der doppelt freien Lohnarbeit, seiner Meinung nach nichts am kapitalistischen Charakter des Systems ändert. Hier sehe ich allerdings Diskussionsbedarf: Ob die Ausbeutung als Sklaverei oder rechtlich-vertraglich vermittelt stattfindet, ist wie ich finde ein Unterschied ums Ganze mit ungeheuren politischen, ideologischen und kulturellen Dimensionen. Es ist der ökonomische Kern des Unterschieds zwischen kapitalistischem Normalbetrieb, der immerhin noch gewisse Räume für menschliche und emanzipatorische Entwicklungen lässt, und totalitären, von Massenwahn und Massenmord gekennzeichneten faschistischen Verhältnissen. Dieser wesentliche Unterschied sollte nicht verwischt werden. Nichtsdestoweniger handelte es sich beim Nazisystem aber um Kapitalismus: Das Profitprinzip und wesentliche andere Teile der ökonomischen Struktur, zumal der Eigentumsverhältnisse, blieben erhalten. Übrigens kennt auch der nicht-faschistische Kapitalismus Sklaverei und Sklaverei-ähnliche Ausbeutungsverhältnisse bzw. kann sich mit diesen arrangieren. Anders als im entwickelten NS-System wird die Sklaverei hier jedoch nicht zum vorherrschenden Produktionsverhältnis.

Auch wenn die letztgenannten Themen am Abend des 9. April 2013 nicht vertieft werden konnten, war es eine hochkarätige und hochinteressante Veranstaltung. Nur hätte ich ihr wesentlich mehr Publikum gewünscht – gerade im Gedenkjahr 2013 und angesichts der heute vorherrschenden historischen Diskurse und ihrer Tendenz zum personalisierten, entpolitisierten, mystifizierenden Spektakel.

www.faschismustheorie.de

April 2013